



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/11 - 14.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Was will Preussker eigentlich?	S. 1
Unruhiges Mittelamerika	S. 3
Ein bemerkenswertes Gerichtsurteil	S. 5
Deutsche Streitkräfte für innerdeutsche Aufgaben	S. 6

---

## Also doch: "Sozialer Wohnungsbau"

FB. Wie es in Bonn so üblich ist: Man ist missverstanden worden, hat aneinander vorbeigeredet und natürlich etwas ganz anderes gemeint. So stellt sich wenigstens die Lage nach den Beratungen im Wohnungsbauausschuss des Bundestages dar, der in diesen Tagen die entscheidenden Paragraphen der Novelle der Bundesregierung zum Gesetz über den sozialen Wohnungsbau debattiert hat.

Die Fronten verliefen bisher hart und klar. Die SPD sagte: Euer Gesetzentwurf bedeutet das Ende des sozialen Wohnungsbaues für die minderbemittelten Schichten. Und die SPD bezog sich dabei vor allem auf den Paragraphen 30c der Regierungsnovelle, der bestimmt: Vorrang in der Bewilligung öffentlicher Mittel vor allen anderen Bauherren hat derjenige, der 30 v.H. Eigenkapital zum Bau eines Eigenheimes aufbringen kann.

Nicht etwa, dass die SPD gegen den Bau von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen wäre. Ganz im Gegenteil, sie wünscht, dass auch diese Anliegen kräftig gefördert werden, aber dann in den Relationen, die durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet sind. Die Verhältnisse aber sind so, dass die heutigen Wohnungssuchenden fast ausschliesslich den minderbemittelten Schichten angehören, denn wer Geld hat, hat auch eine Wohnung. Die minderbemittelten Schichten wiederum, die Wohnungen so nötig wie das liebe Brot brauchen, haben in der Regel kein Eigenkapital, sie legen aber auch in ihrer Wahrheit Wert auf die billige

Mietwohnung. Die Industrialisierung und die Massierung der Bevölkerung in den Städten tun ein übriges, um die Illusion vom "Deutschland der Siedlungshäuschen" zerfliegen zu lassen.

Aber in dem Gesetz der Bundesregierung befindet sich auch ein Paragraph 36, der festlegt, dass für die minderbemittelten Schichten gemäss ihrem Anteil an der Bevölkerung vorrangig Mittel zum Bau von billigen Mietwohnungen bereitgestellt werden sollen. Ohne Frage, diese beiden Paragraphen 30c und 36 beissen sich, denn was hat denn nun den Vorrang?

Nach den Äusserungen vor allem von CDU-Sprechern und auch nach Verlautbarungen des Bundeswohnungsbauministeriums musste man bisher der Meinung sein; 30c hat den Vorrang, also nur der Bau von Eigenheimen.

Aber mitmachten, in den Sitzungen des Wohnungsbauausschusses hat sich eben herausgestellt, dass man Wohnungsbauminister Preusker falsch verstanden hat. Von Sozialdemokraten auf die Widersprüche in den beiden Paragraphen hingewiesen, interpretierte er seinen eigenen Gesetzentwurf wie folgt:

Den Vorrang oder, wie er es selbst formulierte, den "Übervorrang", hat natürlich der Wohnungsbau für die minderbemittelten Schichten. Ist diese Quote befriedigt, dann hat bei den verbleibenden Geldern der den Vorrang, der für den Bau eines Eigenheimes das bestimmte Eigenkapital aufbringen kann.

Soweit so gut: denn das würde in etwa auch den Vorstellungen entsprechen, die dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf für ein zweites Wohnungsgesetz zugrunde liegen. Aber da man sich in Bonn nicht das erste Mal missverstanden hat, genügen die Erklärungen des Bundeswohnungsbauministers allein nicht. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird sich gern der Mühe unterziehen, das in Abänderungsanträgen zu formulieren, was der Bundeswohnungsbauminister für seine Zielsetzung im Ausschuss verkündet hat. Es bleibt zu hoffen, dass Preusker dann auch zu seinen Worten im Ausschuss steht. Die Standfestigkeit wird allerdings sehr gross sein müssen, denn es gibt starke Kräfte, vor allem in der CDU, die alles daran setzen werden, um dieses Ergebnis hinfällig zu machen. Der Bundeswohnungsbauminister kann aber versichert sein, von der Sozialdemokratie, wenn er durchhält, wärmstens unterstützt zu werden.

Kostarika und die Freiheit der westlichen Welt

I.L. In Mittelamerika wird - wieder einmal - gekämpft. Bewaffnete Söldner sind, von Nikaragua kommend, in Kostarika eingefallen. Sie kämpfen, wie sie erklären, gegen den Kommunismus, sicher auch gegen unamerikanische Umtriebe, und natürlich kämpfen sie für die "Freiheit". Wir zweifeln nicht daran, dass es gerade auch in Deutschland Stimmen geben wird, die diesen Vorfall als eine der "typischen Operettenrevolutionen" abtun werden. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes als um die Vernichtung der Souveränität eines Volkes, das im Schutze einer liberalen Verfassung unter einer demokratisch gewählten Regierung den Weg zur sozialen Gerechtigkeit und kulturellen Freiheit gehen will.

## Nikaragua

Nikaragua ist der größte der mittel-amerikanischen Staaten, es zählt etwa 1,1 Millionen Einwohner, überwiegend Mischlinge und Indianer. "Beherrscht" wird dieses Land im wahrsten Sinne des Wortes von Anastasio Somoza, der Präsident, General und größter Landbesitzer in einer Person ist. Einer seiner Söhne ist Chef des Generalstabes, ein anderer Präsident des Abgeordnetenhauses, ein Schwiegersohn ist Botschafter in Washington. Der 58jährige Herrscher wurde in Nordamerika zum Businessman erzogen. Als er nach dem üblichen Staatsstreich in seiner Heimat die Macht antrat, weitete er seine persönlichen Befugnisse in einer "Verfassung" so aus, dass er diese Macht nach menschlichem Ermessen nicht wieder abzutreten braucht, ganz gleich, was sein Volk denkt oder will. Somozas Beziehungen zur "United Fruit Compagnie", die Bananerpflanzungen an der Westküste hat, sind aussergewöhnlich gut.

## Kostarika

Kostarika zählt rund 860 000 Einwohner, überwiegend Weiße. Regierungschef ist José Figueres, ein Kleinbauernsohn, der 1948 im Kampfe gegen ein tatsächlich kommunistisches Regime die traditionellen Freiheitskämpfer des Landes wiederherstellte, nach der Machtergreifung freiwillig zurücktrat, mit großer Mehrheit in einer von niemanden angezweifelten demokratischen Wahl wiederberufen wurde und unter Zustimmung der ebenfalls demokratisch gewählten Körperschaften eine liberale Verfassung einführte. 1953 erreichte Figueres in energischen Verhandlungen, dass

die United Fruit den an das Land zu zahlenden Gewinnanteil verdoppeln mußte. Seine Beziehungen zu dieser Gesellschaft sind - natürlich - aussergewöhnlich schlecht. Dafür geht es der Bevölkerung umso besser. Freie und selbstbewußte Klein- und Mittelbauern bewirtschaften unter dem Schutz einer für Lateinamerika vorbildlichen Sozialverfassung ihren eigenen Boden. Die Kinder der Bauern besuchen Schulen und Universitäten. Von Feudalbesitz hält man in diesem Land nicht viel, vom Kommunismus ebenfalls nicht.

#### Die Methoden der "Befreiung"

Berichte über verschiedene Vorgänge in Mittelamerika - die Angriffe auf Guatemala und jetzt auf Kostarika zum Beispiel - unterscheiden sich kaum von den Berichten über die Methodik der "Landnahme" in der östlichen Hälfte der Welt: Da gibt es angeblich irgendwo am Rande eines Staates Unruhen, da entspricht die Regierung nicht dem Willen der Bevölkerung, da erscheinen aus blauem Himmel Flugzeuge über friedlichen Städten und werfen Bomben, da entsteht unter diesem Terror Furcht und Verwirrung und endlich marschieren "Befreiungstruppen". Hinterher gibt es dann - wie es Estland oder in Guatemala "Wahlen", die nichts anderes sind als eine offene und blutige Verhöhnung jeglichen freien Willens.

#### Freiheit in der "Bastion der Freiheit"

Die freie Welt wird mit Interesse beobachten, wie im letzten Falle eines flagranten Friedensbruches die Organisation der amerikanischen Staaten reagieren werde. Auch aus reaktionärem Haß, aus Furcht um die Sicherung des Rückschrittes und aus Profitgier heraus sollte man den Zoltschewisten nicht noch mehr Schulbeispiele für die Bekämpfung der Freiheit in der "Bastion der Freiheit" geben. Kostarika gilt als eine der wenigen alten und echten Demokratien in Südamerika. Die "New York Times", sicher in diesem Falle ein unverdächtigere Zeuge, schrieb über den jüngsten Streit in Mittelamerika: "Es geht um einen Kampf der Diktaturen gegen das demokratische Kostarika Präsident José Figueres". Ein Blick auf die Landkarte lehrt, dass ein Wort aus Washington oder New York dem mittelalterlichen Ku Klu x - Klan-Treiben sofort ein Ende machen würde. Im Gegensatz zu Moskau wartet die freie Welt auf dieses Wort. \* \* \*

### Gottloser Sozialismus - eine Beleidigung

sp- Ein sehr beachtenswertes Urteil wurde dieser Tage vom Amtsgericht Regensburg gefällt. Behandelt wurde die Privatklage des Studienrates Max Görlich gegen den Redakteur der sozialdemokratischen "Regensburger Woche", Andreas Albrecht.

Der Sachverhalt: Görlich hatte als Religionslehrer der Regensburger Berufsschule den Schülern unter der Überschrift "Was lehrt der gottlose Sozialismus?" ein Merkblatt diktiert, in welchem behauptet wurde, dass der Sozialismus a) die Religion bekämpfe, b) das Privateigentum wegnehmen und es dem Staat geben wolle und c) die Ehe nur als einen Vertrag ansehe, den man wieder lösen könne. Die "Regensburger Woche" brandmarkte diese Art des "Berufsschulunterrichts" und warf Görlich vor, er mißbrauche den Religionsunterricht zu politischen Zwecken, habe überdies gelogen und falsch Zeugnis abgegeben.

Diesen Angriff nahm Görlich zum Anlass, um gegen die "Regensburger Woche" Privatklage wegen Übler Nachrede und Beleidigung gemäß §§ 185 ff des Strafgesetzbuches zu erheben. Er trug in seiner Klageschrift vor, er habe den "gottlosen" Sozialismus nur als Weltanschauung behandelt und es sei ihm ferne gelegen, sich über die politische Haltung, die man "Sozialismus" nennt, zu äußern. In seiner ursprünglichen Form sei der Marxismus gottlos oder zumindest religionsfeindlich gewesen.

Das Gericht wies unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Kraus die Beleidigungsklage des Religionslehrers Görlich jedoch zurück, legte ihm die Kosten des Verfahrens auf und verpflichtete ihn obendrein zur Bezahlung der dem Beklagten erwachsenen Auslagen. In der Begründung des Urteilspruchs heißt es, dass die Äußerungen Görlichs über den Rahmen dessen, was man gemeinhin unter "wissenschaftlichen" Sozialismus oder Marxismus versteht, hinausgingen und sich auf den Sozialismus schlechthin, also auch in seiner heutigen Erscheinungsform bezogen. Insoweit hätte sich die "Regensburger Woche" gegen den Vorwurf, der Sozialismus von heute sei gottlos, er bekämpfe das Privateigentum und zerstöre die Ehe, zur Wehr gesetzt. Der Redakteur habe auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Ob diese Vorwürfe gegen den Sozialismus zutreffen oder nicht, das zu entscheiden sei nicht

Sache des Gerichts, ebensowenig die Frage, ob Karl Marx und damit der Marxismus gottlos waren oder nicht. Das sei eine in der Wissenschaft und Theorie unstrittene Frage.

Das Gericht weist schließlich darauf hin, dass die Philosophische Fakultät der Universität Würzburg es abgelehnt habe, hierüber ein Gutachten zu erstatten.

\* \* \*

#### Auch deshalb Wiederbewaffnung?

ler. Viele Gründe wurden und werden angeführt, um den widerstrebenden Bundesrepublikanern die Notwendigkeit einer westdeutschen Wiederbewaffnung einzubleuen. Sie können insgesamt immer weniger überzeugen. Die deutschen Divisionen schaffen nicht Sicherheit und Schutz vor einem sowjetischen Angriff, wenn er kommen sollte. Aber man rechnet ja garnicht mit ihm. Man stellt sich vielmehr auf ein erträgliches Nebeneinander ein. Wozu also deutsche Divisionen?

Jetzt aber hat der amerikanische Präsident ein neues erstaunliches Argument geliefert. Mit der Nüchternheit, die Angelsachsen auszeichnet, stellte er fest, die USA versuchten, in den verschiedenen Teilen der Welt lokale Truppen aufzubauen, die eine ordentliche Regierung sicherstellen sollen. Diese Truppen könnten normalerweise mit "Subversionen" fertigwerden, wenn diese Versuche nicht durch eine größere Einmischung von außen unterstützt würden. Der Bonner Koalition dürfte diese offene Aussage über den wahren Zweck des geplanten 500.000 Mann-Heeres höchst ungelegen kommen. Was sind Subversionen? Etwa Streiks? Sind es Demonstrationen gegen bestimmte robuste Vorhaben der Regierungspolitik? Und sollen Truppen geschaffen werden, um sie zu unterdrücken?

Der Zufall wollte es, dass an gleichen Tage, als Eisenhower die für Bonn peinliche Deutung der westdeutschen Armeegab, im Londoner Rundfunk ein Sprecher den Deutschen und der Welt den Rat gab, sich mit der Teilung ihres Vaterlandes als Dauerzustand abzufinden. Es gäbe keinen Grund, weshalb das unglückliche Schicksal der Ostdeutschen die westliche Welt veranlassen könnte, ihre Pläne (nämlich die die Einheit verhindernde westdeutsche Wiederbewaffnung, d.Red.) zu ändern. Die Deutschen sollten sich glücklich schätzen, sie hätten als einziges Volk den unerhörten Vorteil, sowohl dem Kommunismus (in der Sow-

jetzzone) als auch der Demokratie (im Westen) gegenüber loyal zu sein. Daraus könne sich eine Art von neuer Einheit entwickeln, die in der modernen Welt angebrachter sei, als die Einheit innerhalb altmodischer Grenzen. Unabhängig davon, aber von den gleichen Grundauffassungen ausgehend, meinte die bekannte holländische Zeitung "Nieuwe Rotterdamse Courant", das deutsche Streben nach Wiedervereinigung liege nicht in Übereinstimmung mit den Interessen der westlichen Welt. Ihr Drängen nach Einheit trage einen illegalen (!) Charakter...

Man sage nicht, das seien Einzelstimmen ohne Gewicht. Sie drücken ein weitverbreitetes Gefühl in den politisch führenden Schichten des Westens aus, sie verraten eine politische Einstellung, in der das Zentralproblem des deutschen Volkes keinen Raum mehr einnimmt.

Wer in der Bundesrepublik auf eine aktivere Politik der Wiedervereinigung drängt, die Unterlassungssünden Bonn's bloßlegt, gilt nach den Worten Reinhold Kaisers, als Neutralist, Kommunist und Pazifist. Der Tag scheint nicht mehr fern zu sein, wo außerhalb der Bundesrepublik schon der Ruf nach Wiedervereinigung als anti-europäisch empfunden und die Deutschen als ewige Unruhestifter wieder diskreditiert sein werden. Eine Frage an den amerikanischen Präsidenten drängt sich auf: Soll die westdeutsche Armee auch dazu benutzt werden, gegebenenfalls einen elementar zum Durchbruch kommenden Willensakt der deutschen Bevölkerung niederzuhalten, der nichts anderes im Auge hat, als die deutsche Wiedervereinigung? Soll die westdeutsche Armee etwa, um etwas konkreter zu sein, auch dafür da sein, einem denkbaren "17. Juni" in der Bundesrepublik in den Weg zu treten?

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau